

## **Die soziale Dimension in den Umwandlungsprozessen**

Über die soziale Dimension in den Umwandlungsprozessen hat Dr. Rabeh Ratieb ein Arbeitspapier mit dem Titel "Die sozialen und politischen Auswirkungen der Privatisierung" angefertigt und dem sozialen Entwicklungsfond vorgelegt. Dieses Arbeitspapier beschäftigt sich mit der sozialen Dimension des Programms, das von dem sozialen Entwicklungsfond ausgeht.

Das von dem sozialen Entwicklungsfonds vorgelegte Arbeitspapier hat die Aufgaben des sozialen Entwicklungsfonds erklärt. Diese Aufgaben seien: Die Schaffung von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, die Förderung der öffentlichen Investitionen im Bereich der sozialen Dienstleistungen, besonders im Bereich der Ausbildung und Gesundheit, und die Förderung und die Unterstützung der Zivilgesellschaften und der freiwilligen Zusammenschlüsse bei der Planung und Umsetzung der Teilprojekte, die den gemeinen Gesellschaftsstrukturen dienen würden.

Das von Dr. Rabeh Ratieb über die sozialen und politischen Auswirkungen der Privatisierung angefertigte Arbeitspapier bestätigte, dass die Aufsicht des Staats vor und nach der Privatisierung notwendig sei, um dem Privatsektor den Weg zu ebnet, der sich entwickeln, den öffentlichen und sozialen Bedarf decken und zu der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen könne, aber nur im Rahmen eines starken Staats, der das private Eigentum schütze, die Fleißigen belohne und die Sünder bestrafe. Das Arbeitspapier rief den Staat dazu auf, das Problem der Arbeiter in den privatisierten Betrieben zu lösen. Dieses Problem bestehe darin, dass die Mehrheit dieser Arbeiter entlassen werden

könnten. Es rief den Staat auch dazu auf, die negativen Auswirkungen der Privatisierung zu beseitigen, wie die Monopolbildung und die Umweltverschmutzung durch einige Projekte. Es hat auch den Staat dazu aufgefordert, den Verwaltungen der lebendigen und strategischen Einrichtungen im Alarmzustand oder im Fall des Kriegs außerordentliche Rechte einzuräumen, um Sicherheitsdaten zu bewahren, damit solche Daten einem Feindstaat nicht bekannt werden oder gegen unseren Staat in internationalen Verhandlungen benutzt würden.